Jugend macht Ansagen! Stop talking – act now!
Young People demand! Stop talking – act now!
La Jeunesse prend la Parole! Stop talking – act now!

Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa steigt Monat für Monat, die versprochenen Maßnahmen kommen kaum voran. Nach wie vor warten mehr als 5,6 Millionen junge Europäer darauf, dass endlich gehandelt wird.

Die Sparpolitik und die damit verbundenen Lohnsenkungen sowie der Abbau von Sozialleistungen sind mitverantwortlich für den Einbruch der Nachfrage, den Verlust von Arbeitsplätzen und die weiter steigende Arbeitslosigkeit – auch und gerade unter Jugendlichen.

In den betroffenen Ländern fällt die aktive Arbeitsmarktpolitik den Spar- und Kürzungsvorgaben zum Opfer. Den Regierungen muss nicht nur mehr Zeit gewährt werden, die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu erfüllen. Darüber hinaus müssen gezielte Investitionen gerade in Bildung und Ausbildung dadurch ermöglicht werden, dass diese im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes anders bewertet werden. Das schafft verbesserte Handlungsmöglichkeiten im Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Für die Jugend ist wichtig, dass dabei die Demokratie gestärkt und nicht geschwächt wird.

WIR FORDERN

Ein Sofortprogramm zur Jugendbeschäftigung!

Die Jugendgarantie muss umgehend umgesetzt und eine ausreichende Finanzierung sichergestellt werden. Sie darf kein leeres Versprechen bleiben! Den Worten müssen nun schnellstens Taten folgen.

Mittel nicht umschichten sondern aufstocken!

Für eine solide Finanzierung der Jugendgarantie müssen zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das Umschichten von Geldern aus anderen Töpfen, was später an anderer Stelle fehlt, ist keine echte Lösung, um die Jugendlichen wieder in gute Beschäftigung zu bringen.

Eine gute Berufsausbildung braucht langfristige Konzepte statt kurzatmigen Aktionismus!

Der Austausch über gute Praxis und Erfolgskriterien dualer Ausbildungssysteme kann mittel- und langfristig sinnvoll sein. Die Anpassung an die nationalen Gegebenheiten erfordert aber Zeit und das Engagement und die Beteiligung der Sozialpartner. Wir fordern Finanzhilfen, damit Investitionen zum Aufbau neuer Systeme der dualen Ausbildungen auch unter der gegenwärtigen strikten Haushaltspolitik möglich werden.

Eine Taskforce zur Unterstützung für die betroffenen Länder!

Die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds müssen für Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit leichter abrufbar sein. Die am stärksten betroffenen Länder brauchen

Unterstützung bei der Beantragung und dem Einsatz der Mittel. Bei der Einrichtung dieser Taskforce ist die Beteiligung der Sozialpartner unabdingbar.

Verbindliche europaweite Standards für Praktika!

PraktikantInnen in Europa leisten häufig vollwertige Erwerbsarbeit. Damit ersetzen Unternehmen durch Praktika oft geplant reguläre Beschäftigung. Um den zahlreichen Missbrauch von Praktika in der Europäischen Union einzudämmen, braucht es daher verbindliche europäische und nationale Qualitätsstandards.

Ein Zukunfts- und Investitionsprogramm für die EU!

Jugendbeschäftigung muss langfristig und nachhaltig gefördert werden. Dazu braucht es endlich ein umfassendes Zukunfts- und Investitionsprogramm für Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur.

Jugendarbeitslosenquote (15-24 Jahre) im Vergleich:

Quelle: Eurostat Abfrage

- EU 27: 23,5 %, 5.627 Millionen
- Deutschland: 7,5 %
- Griechenland: 62,5 %
- Spanien: 56,4 %
- Frankreich: 26,5 %
- Irland: 26,6 %
- Italien: 40,5 %
- Portugal: 42,5 %
- Litauen: 21,2 %
- Lettland: 21,9 %

YOUNG PEOPLE DEMAND STOP TALKING ACT NOW!

Jugend macht Ansagen! Stop talking – act now!
Young People demand! Stop talking – act now!
La Jeunesse prend la Parole! Stop talking – act now!

Warum fordern wir ein Sofortprogramm zur Jugendbeschäftigung?

5.627.000 junge Menschen ohne Arbeit sprechen Bände – fast jeder vierte Jugendliche in Europa hat keine Arbeit. In Spanien oder in Griechenland sind junge Menschen unter 25 Jahren ohne jede Zukunftsperspektive in ihrem Land.

Perspektiven für die Jugend Europas sind überfällig. Es muss gehandelt werden – sofort. Die europäische Idee hat nur dann eine Zukunft, wenn die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa schnellstens abgebaut wird.

Um Jugendbeschäftigung – und Beschäftigung insgesamt – langfristig und nachhaltig zu fördern, braucht die EU ein Zukunfts- und Investitionsprogramm in Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur. Der DGB hat mit seinem Marshall-Plan hierzu Vorschläge unterbreitet.

Der schon vor einem Jahr auf europäischer Ebene beschlossene Pakt für Wachstum und Beschäftigung ist bisher ein Lippenbekenntnis geblieben. Eine Konkretisierung und Finanzierung ist überfällig.

Welche konkreten gewerkschaftlichen Forderungen enthält ein wirksames Sofortprogramm für Jugendbeschäftigung?

Die falsche Kürzungspolitik muss gestoppt und die Nachfrage in Europa dringend angekurbelt werden. Entscheidend ist, dass Zukunftsinvestitionen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit von Neuverschuldungskriterien ausgenommen werden müssen.

Der DGB begrüßt die Absicht der Europäischen Kommission und des Rats, mit dem Vorschlag einer Jugendgarantie das Problem der europäischen Jugendarbeitslosigkeit endlich angehen zu wollen und den vielen Worten schließlich auch Taten folgen zu lassen. Die Gewerkschaften unterstützen ausdrücklich den Vorschlag, jungen Menschen marktunabhängige verbindliche Angebote zu gewährleisten, die zu einem qualifizierten Berufsabschluss oder einer Arbeitsstelle führen. Praktika sind keine Lösung. Erklärtes Ziel muss sein, die unzumutbare Situation der arbeitslosen Jugendlichen in Europa maßgeblich zu verbessern. Bisher ist die Jugend in Europa der Krisenverlierer. Das muss sich ändern!

Die Gewerkschaften haben mit dem Marshallplan für Europa vorgelegt, wie ein solches Programm aussehen muss - inkl. 30 Mrd. Euro Investitionen in Bildung und Ausbildung.

Wo können junge Europäer beschäftigt werden?

Der DGB-Marshallplan für Europa zeigt zukunftsweisende Arbeitsfelder für junge Menschen in Europa auf:

- Investitionen in die Energiewende in Europa
- Verkehrsinfrastruktur modernisieren
- Ausbau von Breitbandnetzen beschleunigen
- Europas industrielle Zukunft stärken
- Investitionen in öffentliche und private Dienstleistungen
- Investitionen in Bildung und Ausbildung
- Förderung von altersgerechten Infrastrukturen und Wohnen
- Nachhaltige Bewirtschaftung der knappen Wasserressourcen fördern

YOUNG PEOPLE DEMAND STOP TALKING ACT NOW!

Jugend macht Ansagen! Stop talking – act now!
Young People demand! Stop talking – act now!
La Jeunesse prend la Parole! Stop talking – act now!

Warum müssen die Mittel aufgestockt werden?

Die sechs Milliarden Euro, die u.a. im Europäischen Sozialfonds für die Regionen mit mehr als 25 Prozent Jugendarbeitslosigkeit reserviert wurden, reichen nicht, um allen betroffenen Jugendlichen die notwendige berufliche Perspektive zu geben. Das Umschichten von Geldern aus anderen Budgettöpfen, die später an anderen Stellen fehlen, ist keine Lösung. Zusätzliches Geld muss her!

Laut Berechnungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) würde die Umsetzung der Jugendgarantie in den 17 Ländern der Eurozone 21 Milliarden Euro kosten. Die für 2014 bis 2020 geplanten Mittel können deshalb nur ein erster Grundstock für ein umfassendes EU-Sofortprogramm sein. Die Erfahrungen zu Jugendgarantien in Ländern wie Finnland oder Österreich zeigen, dass für solche Vorhaben erhebliche Mittel braucht.

Table 4 Cost and allocations of a youth guarantee scheme in Eurozone (million of euro)

	Cost of youth guarantee programme without administrative costs	Public employment services	Total cost
Eurozone	16,821.9	4,264.2	21,086.11
Belgium	372.1	94.3	466.47
Germany	1,395.0	353.6	1,748.63
Estonia	104.6	26.5	131.11
Ireland	347.6	88.1	435.71
Greece	926.4	234.8	1,161.28
Spain	5,617.5	1,424.0	7,041.49
France	2,860.0	725.0	3,585.01
Italy	3,081.2	781.1	3,862.28
Cyprus	49.6	12.6	62.14
Luxembourg	11.7	3.0	14.71
Malta	24.6	6.2	30.84
Netherlands	71.9	18.2	90.08
Austria	184.2	46.7	230.90
Portugal	841.7	213.4	1,055.12
Slovenia	83.4	21.1	104.56
Slovakia	491.0	124.5	615.41
Finland	359.3	91.1	450.36

Note. Programme costs (based upon Swedish example) are estimated at 6,000 euros per unemployed youth plus administrative costs, in terms of resources needed for Public Employment Services to serve the programme, at 600 euros per participant.
Source: IILS estimates.

Klar ist auch, dass Nichtstun die Staaten noch viel teurer kommt. Nach Berechnungen von Eurofound, der europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, liegen die Kosten für arbeitslose Jugendliche in den EU27-Staaten bei ca. 153 Mrd. Euro.

Jugend macht Ansagen! Stop talking – act now!
Young People demand! Stop talking – act now!
La Jeunesse prend la Parole! Stop talking – act now!

Warum fordern die Gewerkschaften eine Taskforce zur Unterstützung für die betroffenen Länder?

Die zur Verfügung stehenden Strukturfondsmittel sollten prioritär für Projekte, die hochwertige Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen fördern, eingesetzt werden. Diese Mittel müssen für Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit leichter und schneller abrufbar sein. So ist es notwendig, zur Unterstützung bei der Beantragung und dem Einsatz der Mittel eine Task Force in den am stärksten betroffenen Ländern einzusetzen. Die Beteiligung der Sozialpartner ist dabei unabdingbar. Die Antrags-, Durchführungs- und Abrechnungsverfahren müssen vereinfacht werden. Die Förderinhalte und -verfahren müssen gemeinsam mit den Sozialpartnern festgelegt werden.

Was fordern die Gewerkschaften in Bezug auf den Aufbau guter und moderner Ausbildungssysteme?

Der Aufbau guter und moderner Ausbildungssysteme erfordert eine Verständigung über notwendige Mindeststandards hinsichtlich der Qualität der Ausbildung, der Ausbildungsinhalte, des Ausbildungspersonals und des rechtlichen Status der Auszubildenden. Die Umsetzung auf nationaler Ebene erfordert Zeit und das Engagement und die Beteiligung der Sozialpartner.

Konzepte, die mit der heißen Nadel gestrickt werden, sind keine Lösung und tragen ohnehin nicht dazu bei, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit kurzfristig zu lösen. Der Aufbau neuer Systeme der dualen Ausbildung setzt Investitionen in die notwendige Infrastruktur voraus. Dies können die Mitgliedstaaten unter der gegenwärtigen strikten Haushaltspolitik kaum leisten. Auch dazu muss es im Rahmen des Sofortprogramms entsprechende Finanzhilfen geben.

Der Aufbau eines dualen Ausbildungssystems muss die Besonderheiten der jeweiligen Länder berücksichtigen und kann auf keinen Fall ohne die Beteiligung der Sozialpartner erfolgen. Ein Verhalten, wie das des spanischen Regierungschefs Rajoy ist zum Scheitern verurteilt. Wer die Gewerkschaften nicht mit an den Tisch holt, ist an der nachhaltigen Lösung des Problems der Jugendarbeitslosigkeit nicht interessiert.

Braucht Deutschland eine Jugendgarantie?

Auch der deutsche Ausbildungsmarkt weist erhebliche Unwuchten auf:

» Noch immer befinden sich 270.000 junge Mensche in Warteschleifen – ohne Aussicht auf einen vollqualifizierenden Abschluss.

» Jugendliche mit Hauptschulabschluss haben schlechte Chancen auf eine Ausbildung. Der Nationale Bildungsbericht spricht von einer faktischen Abschottung der Hälfte der Ausbildungsberufe für diese Zielgruppe.

» 2,2 Millionen junge Menschen im Alter von 20 bis 34 Jahren haben keine abgeschlossene Ausbildung. Das sind 15 Prozent dieser Altersgruppe.

» Dennoch bleiben 33.000 Ausbildungsplätze unbesetzt, dies vor allem in Branchen mit schlechten Ausbildungsbedingungen (z.B. Hotel- und Gaststättengewerbe). Sie haben hohe Abbrecherquoten, hohe Misserfolgsquoten bei Prüfungen, eine unterdurchschnittliche Vergütung.

» Trotz der entspannten demographischen Entwicklung bleibt die Lage auf dem Ausbildungsmarkt in Deutschland enttäuschend. Die Wirtschaft hat sinkende Bewerberzahlen – seit 2001 gab es einen Rückgang um rund 178.000 – kaum genutzt, um junge Menschen auszubilden, die bisher keine Chance hatten. Im Gegenteil:

» Das Ausbildungsengagement der Unternehmen hat einen historischen Tiefstand erreicht: Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist auf 551.271 Neuabschlüsse gefallen. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr ein Minus von 3,2 Prozent. Einen niedrigeren Wert gab es seit der Wiedervereinigung lediglich im Jahr 2005.

» Die Quote der ausbildenden Betriebe hat ebenfalls ein historisches Tief erreicht. Nur noch 21,7 Prozent der Betriebe bildeten im Jahr 2011 aus (2010: 22,5 Prozent, 2009: 23,5 Prozent, 2008: 24 Prozent, 1999: 23,6 Prozent). Das bedeutet: Binnen Jahresfrist sind rund 16.000 Ausbildungsbetriebe verloren gegangen. Dies betrifft insbesondere Kleinstbetriebe.

Weitere Informationen sind zu finden unter:

DGB-Marshallplan: http://www.dgb.de/-/5Vx

DGB-Stellungnahme Jugendgarantie: http://www.dgb.de/-/s9N

Eurofound: Young people not in employment, education or training: Characteristics, costs and policy responses in Europe, 2012: http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2012/54/en/1/EF1254EN.pdf

Berechnungen der ILO für die Kosten der Einführung einer Jugendgarantie in den Ländern der Eurozone findest du in dem Dokument: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_184965.pdf